

GBW erhöht Mieten bei Sozialwohnungen

Bayerische Staatsregierung hält sich bedeckt

Die Mieterinnen und Mieter in der Adams-Lehmann-Straße am Ackermannbogen in München-Schwabing lassen nicht locker. Vor Jahren haben sie sich zu einer Mietergemeinschaft zusammengeschlossen. Sie wollen die regelmäßigen Mieterhöhungen ihrer EOF-geförderten Wohnungen (einkommensorientierte Förderung) trotz gegenteiligen Urteils des Landgerichts München nicht hinnehmen. In vielen Medienberichten wurde ihr Fall aufgegriffen. Als Geringverdiener bezogen sie vor über 9 Jahren ihre Wohnungen in der Annahme, Sozialwohnungen zu beziehen. Jetzt müssen sie feststellen, dass diese Wohnungen praktisch freifinanzierten Wohnungen gleichgestellt sind und der Mietspiegel Richtgröße für Mieterhöhungen sein soll.

Die Stadt München bewilligte ihren Antrag auf eine Sozialwohnung durch das Wohnungsamt, das Land Bayern förderte diese Wohnungen. Das Problem ist: Der Zuschuss bleibt bei diesen Wohnungen immer gleich, die Miete wird allerdings

frech erhöht: Die dort lebenden Mieterinnen und Mieter, alleinerziehende Mütter im Beruf, müssen immer mehr von ihrem Einkommen abgeben. Mittlerweile haben die Mieten 12 Euro /qm erreicht. Sie sind in Sorge, dass sie ihre Wohnung verlassen müssen.

Der Anwalt einer Mieterin, Rechtsanwalt Michael Löffler, will die Stadt München und das Land Bayern auf Schadensersatz verklagen.

Nach zweimonatigem Schweigen hat OB Reiter auf einen Protestbrief der Mietergemeinschaft endlich reagiert und die Staatsregierung aufgefordert, im Sinne der Mieterinnen und Mieter aktiv zu werden. Das neu geschaffene Bauministerium unter Leitung von Ilse Aigner fasst die „Prüfung der Vorgänge ins Auge“ und verweist auf die Möglichkeit des Wohngeldes. Was die CSU darunter genau versteht, ist ihr Geheimnis.



Die Stadtratsgruppe der Münchner LINKEN hat am 7. Mai 2018 eine Anfrage und zwei Anträge im Stadtrat eingebracht.



Schon 2016 hat die Stadtratsgruppe der Münchner LINKEN einen Antrag mit dem Ziel einer positiven Lösung für die Mieterinnen und Mieter eingebracht. Durch den öffentlichen Druck, der durch ausdauernden Einsatz der Mietergemeinschaft entstanden ist, und durch die Drohung von Schadensersatzklagen kommt endlich Bewegung in die Sache. Daher unternimmt DIE LINKE einen weiteren Versuch:

Wir fragten kürzlich die Stadt, wie viele Haushalte von der Verdrängungspolitik betroffen sind.

Des Weiteren beantragten wir, dass die Stadt München den Ministerpräsidenten auffordern solle, über die von Söder versprochene neue Wohnungsbaugesellschaft zumindest die EOF-Wohnungen der GBW zurückzukaufen. Außerdem soll die Stadt selbst Verantwortung übernehmen und die bisherigen Mieterhöhungen durch eine nachträgliche Förderung rückgängig machen.

Die Mieterinnen und Mieter brauchen eine rasche Entscheidung – jetzt! Seit Jahren wenden sie sich an die Politik im Stadt und Land, seit Jahren führen sie Mietprozesse, seit Jahren werden sie von den Verantwortlichen alleine gelassen. Windelweiche Absichtserklärungen helfen nicht.

V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. München, Ates Gürpınar
Schwanthalerstr. 139, 80339 München
E-Mail: info@dielinke-muc.de
WWW: dielinke-muc.de



- Ja, ich möchte über Aktivitäten der LINKEN informiert werden.
- Ja, ich möchte Mitglied werden.

Name, Vorname

PLZ, Ort

Straße,Nr.

E-Mail

Ort, Datum, Unterschrift